



Gemeinde
Klosters-Serneus

Pressebulletin Gemeinderatssitzung vom 13.9.2019

Aufgrund des umfangreichen und ausserordentlichen Geschäfts „künftige Gemeindeführungsstrukturen“ hat der Gemeinderat Klosters-Serneus seine Sitzung am 13.9.2019 bereits am späteren Nachmittag begonnen. Dabei beriet er wohl die ganze ihm durch den Gemeindevorstand und die vorbereitende Verfassungskommission unterbreitete Vorlage durch, wies diese aber schliesslich zur Ergänzung und Überarbeitung an die Gemeindeexekutive zurück. Im Rahmen der geforderten Überarbeitung sollen Botschaft und Verfassungs- und Gesetzesentwürfe dahingehend ergänzt und angepasst werden, als dass schliesslich der Klosterser Stimmbevölkerung entgegen der ursprünglichen Intentionen nun zwei vollständig ausgearbeitete Verfassungsvarianten zur Abstimmung unterbreitet werden können. Es ist vorgesehen, sowohl die bereits ausgearbeitete Variante mit Gemeindeversammlung als auch eine solche ohne Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung durch den Klosterser Souverän zu überweisen. Im Weiteren galt es für das Klosterser Gemeindeparlament, die Ersatzwahl für den Stellvertreter des Ratsaktuars vorzunehmen. Unter Orientierungen und Aussprache wurden Themen wie Ärztezentrum Klosters Platz, Teilrevision Ortsplanung Ober Ganda (Familienresort Madrisa), Verkehrs- und Parkierungskonzept sowie 5G erörtert.

Künftige Gemeindeführungsstrukturen – Stimmbürger soll nun doch zwischen Varianten wählen

Aufgrund entsprechender Beschlüsse des Gemeinderats Klosters-Serneus vom 21. März 2019 hat eine durch den Gemeindevorstand eingesetzte Verfassungskommission über einen Zeitraum von gut 5 Monaten eine **Abstimmungsvorlage** zu den **künftigen Gemeindeführungsstrukturen** ausgearbeitet, die einen **verkleinerten Gemeinderat** (Reduktion auf 11 Mitglieder) sowie **neu** eine **Gemeindeversammlung** vorsieht. Im Weiteren sollen gemäss Antrag der Exekutive die **Finanzkompetenzen** über alle Behördenebenen gesehen **erhöht**, eine verfassungsmässige **Gemeindeleitung eingesetzt**, teilweise **Aufgaben auf tiefere Ebenen** verlagert, die **Baukommission** zur **Baubehörde** aufgewertet, die **Geschäftsprüfungskommission** wieder **aus** dem **Gemeinderat** herausgelöst und der **Schulrat** von **5 auf 3 Mitglieder** reduziert werden.

Die auch im Grundsatz nicht ganz unbestrittene Strukturvorlage hatte bereits im Rahmen der Eintretensdebatte eine erste Hürde zu nehmen. Der Antrag auf Nichteintreten von Gemeinderat Albert Gabriel, FDP Klosters-Serneus, für den nicht die Strukturen, sondern teilweise die Besetzung der Behörden (Köpfe) das Problem bildet, wurde jedoch **mit 10 zu 4 Stimmen** abgelehnt, womit ebenso deutlich **Eintreten** auf die Vorlage **beschlossen** war. Ein Nichteintreten des Kommunalparlaments auf die jüngste Strukturvorlage wäre nach der Rückweisung einer Grundsatz-Variantenabstimmung (Verkleinerung Gemeinderat oder Abschaffung Gemeinderat z. G. einer Gemeindeversammlung) im Dezember 2017 innert nur gut 1 ½ Jahren aus Sicht verschiedener Votanten unverantwortlich gewesen, dies auch in Anbetracht der umfangreichen Vorbereitungen und Kosten, die bis dato in diese Vorlage investiert worden sind.

Im Rahmen der Behandlung dieser Vorlage wurde der Gemeinderat durch die bereits die Verfassungskommission

begleitenden externen Spezialisten Dr. Reto Loepfe, Rhäzüns, RA lic. iur. Thomas Nievergelt, Samedan, und Gemeindejurist Dr. Duri Pally, Chur, beraten.

Auch wenn bereits in der Eintretensdebatte und zu Beginn der Detailberatung aufgrund neu gewonnener Erkenntnisse eine Rückweisung der Vorlage zur Überarbeitung und Ergänzung angekündigt wurde, sind die **Vorlage mit Gemeindeversammlung** und die dazugehörigen Erlasse – **Teilrevision Gemeindeverfassung, Totalrevision Gesetz über die politischen Rechte, Erlass eines Organisations- sowie eines Mantelgesetzes – durchberaten** worden. Der von Gemeinderat Andrea Guler von der BDP-Fraktion zu Beginn der Detailberatung eingebrachte **Rückweisungsantrag zur Ergänzung** der Botschaft und Erlassentwürfe mit einer **Verfassungsvariante ohne Gemeindeversammlung und Unterbreitung** z. Hd. der Urnengemeinde im Rahmen einer **Variantenabstimmung** wurde **auf den Schluss der Detailberatung verschoben**, was die Detailberatung sämtlicher die Vorlage beinhaltenden Erlassentwürfe erlaubte.

Entgegen den Vorschlägen von Gemeindevorstand und Verfassungskommission, die es weder als ihren Auftrag noch als Beitrag zur u. a. im Rahmen der Revision angestrebten Erhöhung des Vertrauens beurteilten, **beantragte Gemeinderat Martin Bettinaglio die generelle Vorsehung des fakultativen Gesetzesreferendums**. Dieses sieht vor, dass durch das Gemeindeparlament erlassene Gesetze nicht mehr automatisch der Urnengemeinde (obligatorisches Gesetzesreferendum) vorgelegt werden, sondern nur noch, wenn mindestens 100 in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigte das fakultative Referendum ergreifen. M. Bettinaglio betonte in diesem Zusammenhang, dass das seiner Ansicht inzwischen übermässig bemühte Argument des Vertrauens nicht nur in eine Richtung, sprich vertrauensbildende Massnahmen der Behörden gegenüber dem Souverän, gehen darf. Die Legislative in der Rolle der gesamten Stimmbürgerschaft soll auch Vertrauen in die durch sie gewählten Organe haben

und diese mit geeigneten Kompetenzen ausstatten. Die Einführung des fakultativen Gesetzesreferendums führt auch zur **Attraktivitätssteigerung** der Tätigkeit des Gemeinderats und orientiert sich zudem an der **Handhabung** auf **kantonomer Ebene**, wo der Grosse Rat vorbehältlich des fakultativen Referendums Gesetze erlässt. Gemeinderat Andrea Guler führte das Argument der **Effizienzsteigerung** an. Gemeindejurist Dr. iur. Duri Pally wiederum wies auf die Problematik hin, dass Gemeinden **ohne fakultatives Referendum** eher **dazu neigen, sinnvolle** und im Grunde **erforderliche Gesetzesanpassungen auf die lange Bank zu schieben**. Der Vorsehung eines **fakultativen Referendums** und der entsprechenden Anpassung der Verfassung **stimmten schliesslich 11 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu**, während 3 Ratsmitglieder am obligatorischen Gesetzesreferendum (mit Ausnahme von Organisationsgesetz und Personalgesetz) festhalten wollten.

Die Aufwertung der Baukommission zur Baubehörde (Erteilung Baubewilligungen) blieb unbestritten. Der **Gemeinderat** sprach sich schliesslich aber **mit 13 zu 1 Stimmen dafür** aus, die **Baukommission** nicht wie in der Botschaft des Gemeindevorstands vorgeschlagen durch die Urnengemeinde, sondern **wie bis anhin durch den Gemeinderat zu wählen**.

Entgegen des Antrags von Gemeinderat Albert Gabriel, der die Geschäftsprüfungskommission (GPK) weiterhin durch den Gemeinderat aus seiner Mitte bestimmen lassen wollte, beschloss der Gemeinderat **mit 8 gegen 6 Stimmen** die **Wahl** der **GPK**, wie vom Vorstand beantragt, **wieder durch die Urnengemeinde** als vom Gemeinderat unabhängiges Gremium.

Auch an den gemäss Botschaft vorgeschlagenen Erhöhungen der Finanzkompetenzen hielt der Gemeinderat fest. Der Antrag von Gemeinderat Beat Bernet, FDP, die **Finanzkompetenzen nur um rund 30 % zu erhöhen**, wurde deutlich **mit 13 zu 1 Stimmen abgelehnt**.

Obwohl die Vorlage und die ausgearbeiteten Verfassungs- und Gesetzesentwürfe den Rat inhaltlich und in Bezug auf die Details weitestgehend überzeugten, gab der Gemeinderat am Schluss der Detailberatung folgendem **Rückweisungsantrag** von Gemeinderat Andrea Guler **mit 10 zu 4 Stimmen** statt:

- Die **Vorlage** ist zu **überarbeiten** und **mit einer Variante ohne Gemeindeversammlung zu ergänzen.**
- Es sind **2 Verfassungsrevisionsentwürfe**, einmal mit und einmal ohne Gemeindeversammlung, vorzulegen.
- Ziel ist, der **Urnengemeinde Varianten zu unterbreiten.**
- Die heutige (13.9.19) Detailberatung ist sinngemäss zu berücksichtigen.
- Die Finanzkompetenzen der Gemeindeversammlung in der Variante ohne Gemeindeversammlung sollen an die Urnengemeinde übergehen.

Im Weiteren wurde durch das Klosterser Gemeindeparlament im Zusammenhang mit der Botschaft auf Antrag von Gemeinderat Samuel Kesseli, BDP, **einstimmig** (14 : 0) **was folgt beschlossen:**

- Der Gemeindevorstand hat dem Gemeindeparlament den Entwurf für eine **kurze Botschaft an die Stimmberechtigten** inklusive separatem Flyer mit den Highlights der Abstimmung vorzulegen.
- Der **Bericht** des Gemeindevorstands **an den Gemeinderat ist auf der Homepage zu publizieren.** Er wird auf Anfrage per Post zugestellt.

Somit gilt es, durch Gemeindevorstand bzw. die Verfassungskommission mit Unterstützung der erwähnten Spezialisten im Hinblick auf die Gemeinderatssitzung vom 23. Oktober 2019 die Vorlage im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu überarbeiten. **Geplant** ist die **Urnengemeinde-Abstimmung** zu dieser Vorlage am **15. Dezember 2019.**

Änderung im Aktuariat Gemeinderat

Aufgrund des Ausscheidens von Walter Klötzli per Ende Mai aus der Gemeindeverwaltung galt es, dessen Nachfolge als Stv. Aktuar Gemeinderat zu regeln. Der **Gemeinderat wählte** auf Antrag des Vorstands den seit 1. Juli 2019 für die Klosterser Verwaltung tätigen neuen Leiter Verwaltung und Gemeindegeschreiber-Stv., **Oliver Früchtenicht, als Stv. Aktuar Gemeinderat** für den **Rest der Amtsperiode 2017/20**.

Orientierungen und Aussprache

Unter Orientierungen und Aussprache konnte dem Rat auf Anfrage von Gemeinderat Andrea Guler zur Kenntnis gebracht werden, dass die **Beschwerde** gegen den Bau- und Einspracheentscheid des Gemeindevorstands **zum Ärztezentrum Klosters Platz** immer noch beim Verwaltungsgericht liegt. **Ende Oktober 2019** findet im Rahmen dieses Verfahrens ein **Augenschein** statt. **In der Folge** sollte mit einem **zeitnahen Gerichtsurteil** gerechnet werden können.

Ebenfalls auf die Anfrage von A. Guler wurde dem Rat durch Gemeindepräsident Kurt Steck beschieden, dass auch das **regierungsrätliche Beschwerde- und Genehmigungsverfahren** in Bezug auf die **Teilrevision Ortsplanung Ober Ganda (Familienresort Klosters Dorf) noch im Gang** sei. Die **Beschwerdeführer** haben den Gemeindevorstand kürzlich **um eine Besprechung ersucht**, zu welcher der Vorstand bei vorgängiger Unterbreitung von deren Anliegen und Vorschläge grundsätzliche Bereitschaft signalisiert hat.

Ob in der **Gemeinde Klosters-Serneus**, wie sich Gemeinderatspräsidentin Barbara Gujan-Dönier beim Vorstand erkundigte, bereits eine **5G-Mobilfunkantenne** errichtet worden ist oder wird, **konnte Gemeindepräsi-**

dent K. Steck nicht beantworten, da **weder** eine diesbezügliche **Baubewilligung** erteilt worden ist **noch** ein **Baugesuch** vorliegt.

Gemeinderat Andreas Müller, BDP, fragte an, wann mit dem Vorliegen des **Verkehrs- und Parkierungskonzept** gerechnet werden kann. Gemeindevorstandsmitglied Stefan Darnuzer und Gemeindepräsident Kurt Steck erklärten in diesem Zusammenhang, dass das Konzept der **Firma Metron, Brugg, in Auftrag gegeben** worden ist und bereits zwei Besprechungen stattgefunden haben. Das Konzept muss aber **ganzheitlich** und **das gesamte Gemeindegebiet umfassend ausgearbeitet werden** und die geplanten Grossprojekte mit hohem Publikumsaufkommen und das Angebot und die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs miteinbeziehen.

*Auskunftsperson für weitere Informationen (bitte nicht veröffentlichen):
Gemeindepräsident Kurt Steck, Tel. 081 423 36 01 oder 079 420 14 15*